

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

30.08.2024

Inhalt

EWN

1 Niedersachsen empört über Atommüll-Vorschlag aus Bayern <i>FOCUS online, 29.08.2024</i>	3
2 Gericht weist Klage zu Biblis-Schutt ab <i>Welt.de, 29.08.2024</i>	4



FOCUS online | 29.08.2024 | S. online

dpA

WEBLINK

ATOM-ZWISCHENLAGER GORLEBEN

Niedersachsen empört über Atommüll-Vorschlag aus Bayern

Der Landrat von Landshut möchte sämtlichen Atommüll in Niedersachsen sammeln. Dort hält man den Vorschlag für heuchlerisch und dreist.

Ein bayerischer Landrat sorgt mit dem Vorschlag, die bisher 16 Zwischenlager für Atommüll alle am Standort Gorleben zu vereinen, für Unverständnis in Niedersachsen. «Die Forderung aus Bayern ist an Dreistigkeit und Unverschämtheit nicht zu überbieten», sagte der niedersächsische Umweltminister Christian Meyer.

Es sei «heuchlerisch und unverantwortlich», Bayern als Atomendlager auszuschließen, gleichzeitig neue Atomkraftwerke bauen zu wollen und zu meinen, der gesamte bayerische Atommüll könne in Niedersachsen abgeladen werden, sagte der Grünen-Politiker weiter. «Natürlich lehnt Niedersachsen dies ab.» Es könne nicht sein, dass Bayern sich der Verantwortung für den bestehenden Atommüll entziehe.

Landkreis Landshut verfügt selbst über ein Zwischenlager

Der Landrat des Landkreises Landshut, Peter Dreier von den Freien Wählern, hatte zu Wochenbeginn erklärt, er plädiere dafür, die bundesweit 16 Zwischenlager im niedersächsischen Gorleben zusammenzuführen. Dafür spreche eine dort vorhandene Anlage zur

Reparatur beschädigter Castoren. Zudem sei ein einzelner Standort leichter zu überwachen. «Angesichts der vielen Krisenherde der Welt dürfen wir die ohnehin begrenzten Kapazitäten der Bundeswehr nicht noch weiter strapazieren und die öffentliche Sicherheit gefährden», sagte Dreier. Im Landkreis Landshut ist in der Gemeinde Niederaichbach das Brennelemente-Zwischenlager Isar untergebracht.

Endlager-Suche könnte sich noch Jahrzehnte ziehen

Ein Gutachten des Freiburger Öko-Instituts hatte vor wenigen Wochen ergeben, dass die Endlager-Suche für den hoch radioaktiven Müll mehr als 40 Jahre länger dauern könnte als ursprünglich geplant. Unter idealen Bedingungen sei mit einer Standortentscheidung frühestens im Jahr 2074 zu rechnen. Das Gutachten war im Auftrag des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) erstellt worden.

Das Bundesumweltministerium geht davon aus, dass bis 2050 ein Endlager gefunden sein wird. Ursprünglich war 2031 als Zieljahr anvisiert worden.

 Welt.de | 29.08.2024 WEBLINK

Gericht weist Klage zu Biblis-Schutt ab

Umweltschützer hatten gegen die Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für Block A geklagt. Ihre Argumente überzeugten den VGH in Kassel nicht.

Im Streit um den Schutt vom Rückbau des stillgelegten AKW Biblis hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof eine Klage von Umweltschützern abgewiesen. Der Landesverband Hessen des BUND hatte gegen die Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für Block A geklagt.

Block A wurde 2011 nach dem Unfall im japanischen Fukushima heruntergefahren. Die damalige Betreiberin, die RWE Power AG, stellte einen Antrag auf Stilllegung und Abbau der betroffenen Anlagenteile. Diese Genehmigung wurde 2017 vom hessischen Umweltministerium erteilt.

Der 6. Senat des VGH entschied nun in Kassel, dass

diese Genehmigung rechtmäßig ist. Entgegen der Auffassung der Umweltschützer sei die Umweltverträglichkeitsprüfung ordnungsgemäß durchgeführt worden. Auch die Einwände bezüglich belasteter Reststoffe wies das Gericht ab: Diese Freigabe erfolge in eigenständigen behördlichen Verfahren mit gesonderten Bescheiden.

Es gebe «keine durchgreifenden Zweifel» an der Verfassungsmäßigkeit des Freigabeverfahrens nach der Strahlenschutzverordnung, so der VGH. Das Freigabeverfahren basiere auf einem international anerkannten Konzept und entspreche den Anforderungen an den Gesundheitsschutz. Der Senat hat die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen.